

Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl

Gelman, Vladimir

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Gelman, V. (2007). Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl. *Russland-Analysen*, 149, 2-4.
<https://doi.org/10.31205/RA.149.01>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Politische Tendenzen in russischen Regionen vor der Dumawahl

Vladimir Gelman, St. Petersburg

Zusammenfassung

In den russischen Wahlen spielen die Regionen eine wichtige Rolle. Und um am Wahltag Überraschungen zu vermeiden, werden zunehmend die Gouverneure an die kremlnahe Partei »Einiges Russland« herangezogen. Die Gouverneure wurden angewiesen, das angestrebte Ergebnis – einen Stimmenanteil, der über den Ergebnissen der Präsidentenwahl von 2004 (damals 71%) liegt – zu garantieren und zudem am 2. Dezember eine Wahlbeteiligung von mindestens 70% zu sichern.

Aber obwohl die Umfragen in den Regionen unterschiedliche Werte ergeben, sind die meisten Experten der Meinung, dass die »Partei der Macht« ohne breite Manipulationen kaum das erforderliche Ergebnis erzielen kann.

Regionale »machine politics«

Schon während früherer Dumawahlen waren die russischen Regionen Schauplatz von Parteienkämpfen – besonders im Jahre 1999, als die Wahl im Zeichen der Konfrontation zwischen dem von regionalen Bossen gegründeten Block »Vaterland – Ganz Russland« und dem Kremlblock »Einheit« stand. Am Vorabend der Wahlen von 2007 bemüht sich der Kreml, der die bedingungslose Dominanz der »Partei der Macht« »Einiges Russland« will, jede Überraschung auszuschließen, die deren volle Durchsetzung stören könnten. Im Ergebnis wird die politische Landschaft in den Regionen immer einheitlicher und immer loyaler gegenüber dem Kreml.

Wichtigstes Mittel, um die Loyalität der Regionen vor der Wahl zu sichern, war die Einbeziehung der Gouverneure in die Partei »Einiges Russland«. Dies führte dazu, dass der gesamte Staatsapparat in den Dienst der »Partei der Macht« gestellt wurde und sich in eine große Wahlkampfmaschine verwandelte. Zu dem Arsenal dieser regionalen »Maschinen« gehört etwa die einseitige Darstellung von Wahlen in den Massenmedien, der administrative Druck auf Wähler und Opposition und manchmal auch die direkte Fälschung von Wahlergebnissen. Aber wenn diese »politischen Maschinen« der Gouverneure zuerst nur auf der Regionalebene tätig waren, so wurden sie in der Partei »Einiges Russland« zu einer allrussischen »Machtvertikale« vereinigt.

Gouverneure als politische Zugpferde

Bei der Dumawahl von 2003 führten nur in 29 Regionen – das ist weniger als ein Drittel – die Gouverneure Wahllisten der Partei »Einiges Russland« an. Im russischen Politslang bekam diese Form der Wahlteilnahme die Bezeichnung »Lokomotive«: Gouverneure

brachten Stimmen für die »Partei der Macht« ein, traten jedoch das Abgeordnetenmandat nicht an, sondern verblieben in ihrem bisherigen Amt.

Als dann Ende 2004 auf Putins Initiative die Direktwahl der Gouverneure abgeschafft worden war, wurden sie in noch größerem Ausmaße in die Partei »Einiges Russland« einbezogen. Bis zum Frühjahr 2007 traten 70 von 85 regionalen Exekutivchefs der »Partei der Macht« bei. 65 von ihnen wurden für die Dumawahl auf Regionallisten von »Einiges Russland« gesetzt, dazu 14 hochrangige Verwaltungsbeamte, 12 Vorsitzende regionaler Parlamente und 26 Bürgermeister. Weitere drei Gouverneure platzierte man an der Spitze der Listen für die Wahlen zum Regionalparlament, die im Dezember 2007 zur gleichen Zeit wie die Dumawahl stattfanden. Die Handvoll Gouverneure, die nicht in die Partei »Einiges Russland« eintraten, waren vor 2004 mit Unterstützung der Kommunisten in ihre Ämter gewählt worden, und haben nach den geltenden Regelungen kaum Chancen wieder ernannt zu werden.

Die Aufnahme der Gouverneure in die »Partei der Macht« verfolgte zwei unterschiedliche Ziele. Einerseits waren die Gouverneure bestrebt, »Einiges Russland« als eigenes Kontrollinstrument in den Regionen zu benutzen. Andererseits versuchte der Kreml die Gouverneure über »Einiges Russland« zu kontrollieren. Vor dem Beginn der Wahlkampagne von 2007 wurden in zwei Regionen – den Gebieten Nowgorod und Samara – die Gouverneure gezwungen, ihr Entlassungsgesuch einzureichen, unter anderem weil man befürchtete, dass sie zu wenig Stimmen für »Einiges Russland« einbringen würden. Die an ihrer Stelle ernannten Funktionäre wurden an die Spitze der Wahllisten der »Partei der Macht« gestellt. Als dann Präsident Putin die Spitzenposition auf der föderalen Wahlliste von »Einiges Russland« annahm, verschmolz die »Partei der

Macht« endgültig mit dem Staatsapparat im Zentrum und in den Regionen.

Große Erwartungen ...

Bei den Parlamentswahlen, die im März 2007 in 14 Regionen stattfanden, erreichte »Einiges Russland« im Durchschnitt 46 Prozent der Stimmen, wodurch es sich in fast allen Regionen die Mehrheit der Mandate sicherte. Gestützt auf diese Zahlen strebten die Vertreter von »Einiges Russland« an, bei der Dumawahl mindestens die Hälfte der Wählerstimmen zu gewinnen. Nachdem sich Putin an die Spitze der Wahlliste von »Einiges Russland« gesetzt hatte, stiegen die Wahlerwartungen der »Partei der Macht« jedoch wesentlich, und das Ziel sind nun zwei Drittel der Dumasitze. Die Parteiführer von »Einiges Russland« erklärten die Wahl zum »Referendum zur Unterstützung Putins«. Die Gouverneure wurden angewiesen, das vom Kreml benötigte Ergebnis um jeden Preis zu erreichen – also den Stimmenanteil, den Putin bei den Präsidentschaftswahlen von 2004 erreicht hatte, als er von 71 Prozent der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 61 Prozent unterstützt worden war, zu überbieten. Die Präsidentschaftsverwaltung wies vor kurzem die Regionen an, am 2. Dezember eine Wahlbeteiligung von mindestens 70 Prozent zu sichern.

... und administrative Ressourcen

Da eine solch hohe Wahlbeteiligung laut Meinungsumfragen in den meisten Regionen wohl kaum zu erwarten ist, wird sie durch verschiedene administrative Maßnahmen gesichert. Außer der Organisation der Stimmabgabe von Militärangehörigen und Obdachlosen sowie Personen, die den Pass der ehemaligen UdSSR besitzen (und juristisch keine Bürger Russlands sind), wurde in einer Reihe von Regionen Druck auf Angestellte im öffentlichen Dienst ausgeübt, von denen man verlangte, dass sie ihre Stimme am Arbeitsplatz und nicht am Wohnsitz abgeben, um die Kontrolle über den Abstimmungsprozess sicherzustellen. In den Regionen verstärkte man den Druck auf solche Journalisten ganz erheblich, die sich Kritik an »Einiges Russland« erlauben hatten. So wurden vor den Wahlen in Mordowien zwei Oppositionszeitungen geschlossen, und in Saratow 11 Prozesse gegen Journalisten angestrengt, die Enthüllungen über die Aktivitäten des Generalsekretärs von »Einiges Russland« Wjatscheslaw Wolodin (gebürtig aus dieser Region) publiziert hatten. Die Inflation und der Preisanstieg im Einzelhandel im Herbst 2007 wurde zu einer zusätzlichen Herausforderung für die Wahlkampagne von »Einiges Russland«, da sie bei den Wählern Unzufriedenheit hervorriefen. Um die Situation wieder unter Kontrolle zu bringen, ließen die Gouverneure Preise für Grundnahrungsmittel einfrieren, wo-

durch die Nachfrage jedoch stark anstieg und sich die Spannung vor der Wahl noch verstärkte.

Gleichzeitig beteiligten sich die Gouverneure aktiv an der im Oktober 2007 mit Hilfe des Kreml entfaltenen Kampagne zur Nominierung der Kandidatur von Wladimir Putin für eine dritte Amtszeit. Durch die Städte und Regionen Russlands – von Twer bis Kamtschatka – ging eine Demonstrationswelle zur Unterstützung Putins und für die Verlängerung seiner Präsidentschaft. Obwohl die Gouverneure formal angeblich nichts mit diesen Massenaktionen, die als »Willensäußerung des Volkes« dargestellt wurden, zu tun hatten, wurde die Teilnahme daran in Wirklichkeit durch Anweisung regionaler Verwaltungsorgane sichergestellt. In Nowosibirsk z. B. fand eine Massendemonstration unter der Ägide einer Organisation statt, die von der Frau des Gouverneurs Wiktor Tolokonskij geleitet wird. Beachtenswert ist jedoch, dass nur 27 von 65 Gouverneuren eine offizielle Erlaubnis bekamen, den Namen und das Bild des Präsidenten für die regionale Wahlpropaganda von »Einiges Russland« zu benutzen – und zwar jene, die sehr großen Einfluss in ihrer Region haben und das Vertrauen der Präsidentschaftsverwaltung genießen.

Die Demontage des Mehrparteiensystems

Unter diesen Umständen wurde die Stellung aller übrigen Parteien – außer »Einiges Russland« – in den Regionen untergraben. Im Vergleich zu den Regionalwahlen von 2006–2007 reduzierte Schirinowskij LDPR ihre Aktivitäten in den Regionen enorm. In einer Reihe von Föderationssubjekten wurde eine scharfe Negativkampagne gegen die liberale Partei »Union der rechten Kräfte« entfaltet, die bei den Regionalwahlen im Frühjahr 2007 fast 8 Prozent der Stimmen bekommen hatte und somit auf die Unterstützung eines Teils der Wählerschaft von »Einiges Russland« zählen konnte. Eine andere liberale Partei »Jabloko«, die nur in einer geringen Anzahl von Regionen (wie Sankt Petersburg oder Karelien) über eine stärkere Unterstützung verfügt, fiel ernsthaft ab, und ihre Wahlkampagne in den Regionen zeichnet sich nicht gerade durch Aktivität aus.

Der größte Schlag wurde jedoch der Partei »Gerechtes Russland« versetzt, die mit dem Vorsitzenden des Föderationsrates Sergej Mironow an der Spitze den Status der zweiten »Partei der Macht« für sich beanspruchte. Diese Partei hatte versucht, eine Reihe von Politikern, die in den Regionen bekannt sind, auf ihre Liste zu locken. Im Vorfeld der Wahlen übte der Kreml auf diese jedoch starken Druck aus. Danach wurden starke Kandidaten von den Regionallisten gestrichen wie z.B. der Bankier Alexander Lebedew in Moskau und der Staatsdumaabgeordneter aus Ekaterinburg Ewgenij Rojsman (die von ihm geleitete Parteiabteilung im

Gebiet Swerdlowsk trat sogar aus der Partei »Gerechtes Russland« aus).

Putins Kandidatur an der Spitze der Wahlliste von »Einiges Russland« war ein harter Schlag für die Wahlambitionen von »Gerechtes Russland«. Einige regionale Politiker, die der Partei einst beigetreten waren (z. B. der Bürgermeister von Woronesch), setzten sich von ihr ab. Einer ihrer Abgeordneten in der Gesetzgebenden Versammlung Sankt Petersburgs schlug sogar vor, die Partei aufzulösen und vollzählig in die Partei »Einiges Russland« einzutreten. Wohl nur die KPRF verfügt über eine stabile Organisationsstruktur und Unterstützungsbasis in den Regionen, dennoch ist ihr Potenzial

begrenzt. Deswegen sind die Kommunisten für »Einiges Russland« keine ernsthafte Gefahr.

Aber obwohl die Umfragen in den Regionen unterschiedliche Werte ergeben, sind die meisten Experten der Meinung, dass die »Partei der Macht« ohne breite Manipulationen kaum das erforderliche Ergebnis erzielen kann. Den Ruf der für Manipulationen anfälligsten Regionen genießen seit den 1990er Jahren die Regionen der ethnischen Peripherie – der Nordkaukasus sowie die Republiken Tatarstan und Baschkortostan. Doch bei der nächsten Wahl kann sich die Zahl der Regionen, in den die Wahlen manipuliert werden, wesentlich ausweiten.

Über den Autor

Vladimir Gelman ist Professor an der Fakultät für Politikwissenschaft und Soziologie der Europäischen Universität St. Petersburg.

Lesetipps

- M. Buhbe; G. Gorzka (Hrsg.): Russland heute. Rezentralisierung des Staates unter Putin, Wiesbaden: VS Verlage für Sozialwissenschaften 2007, 314 S.
- G. Sharafutdinova: When Do Elites Compete? The Determinants of Political Competition in Russian Regions, in: Comparative Politics, 38.2006, Nr. 3, S. 273–293.
- S. White: Political Disengagement in Post-Communist Russia. A Qualitative Study, in: Europe-Asia Studies, 57.2005, Nr. 8, S. 1121–1142.
- V. Gel'man: Wahlen à la russe. Formale Normsetzung und informelle Methoden, in: Osteuropa, 55.2005, Nr. 10, S. 85–98.
- V.J. Gel'man: Political Opposition in Russia: A Dying Species?, in: Post-Soviet Affairs, 21.2005, Nr. 3, S. 226–246.

Tabellen und Grafiken zum Text

Ergebnisse der letzten Regionalwahlen

Vergleich der Wahlbeteiligung bei den Wahlen am 8. Oktober 2006 mit vorhergehenden Wahlen

	Bei den Wahlen am 8.10.2006	Datum der vorhergehenden Wahlen	Bei den letzten Wahlen	Bei den Dumawahlen am 7.12.2003	Bei den Präsidentschaftswahlen am 14.03.2004
Republik Karelien	33,0%	28.04.2002	50,0%	52,8%	56,4%
Republik Tywa	53,1%	02.06.2002	60,0%	55,7%	72,8%
Republik Tschuwaschien	43,7%	21.07.2002	38,2%	58,4%	66,7%
Region Primorsk	39,5%	09.12.2001	31,4%	46,0%	66,0%
Gebiet Astrachan	43,7%	28.10.2001	36,4%	53,5%	59,3%
Gebiet Lipetzsk	44,9%	14.04.2002	43,3%	52,4%	67,6%
Gebiet Nowgorod	31,0%	21.10.2001	29,1%	51,0%	54,5%
Gebiet Swerdlowsk	27,9%	14.04.2002	33,3%	49,1%	56,8%
Judisches Autonomes Gebiet	43,5%	28.10.2001	40,3%	58,9%	69,7%

Nach: Monitoring regionaler Wahlkampagnen am 8. Oktober 2006. Informationsblatt des Nationalzentrums für demokratische Vorgänge, Ausgabe Nr.1, Dezember 2006, S. 69.